

Die linke Zeitung für Mittelsachsen

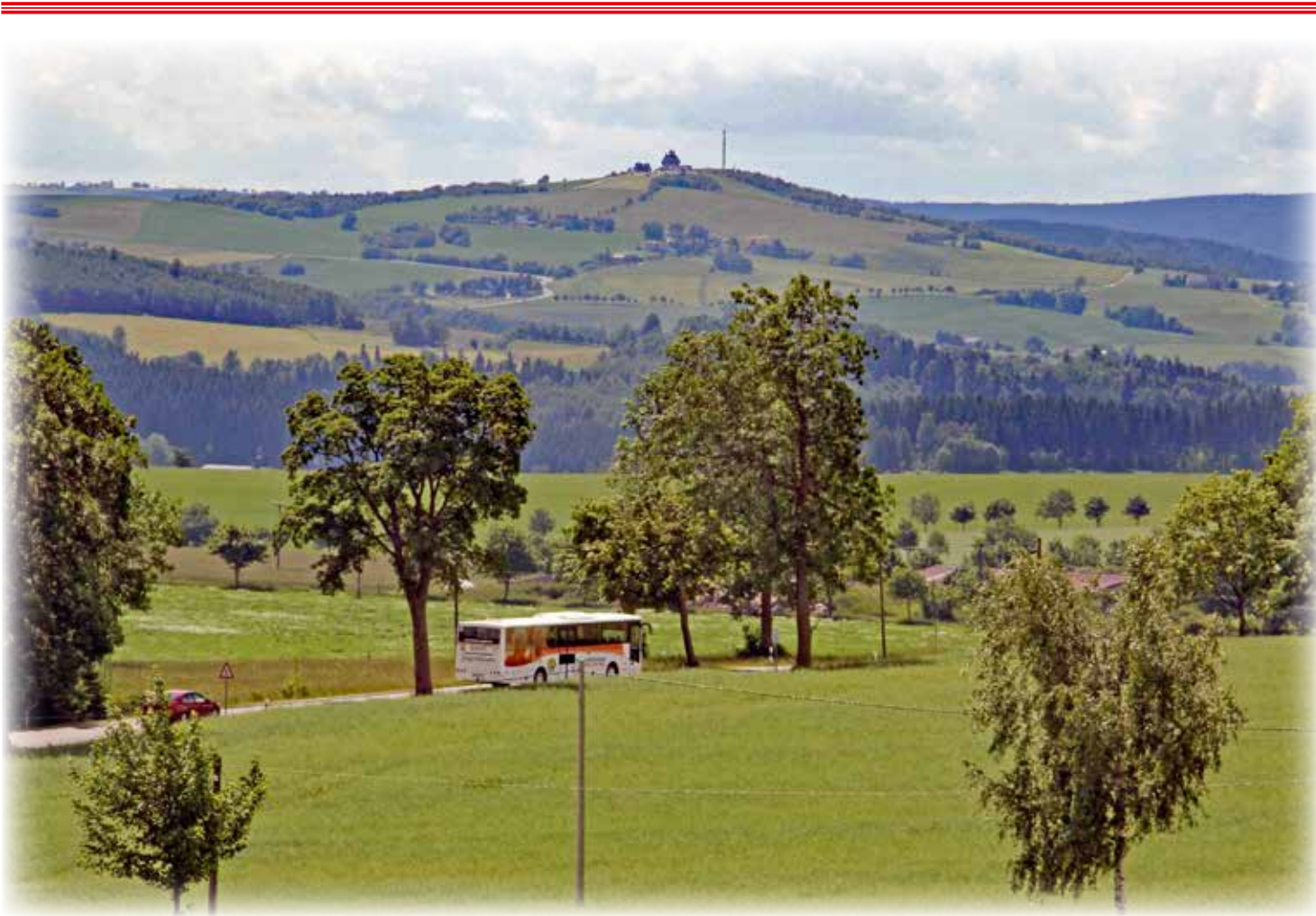
Im Internet direkt unter: www.linksworte-mittelsachsen.de
oder über die Seite des Kreisverbandes: www.dielinke-mittelsachsen.de

Mittelsächsische LinksWorte

15. JULI 2020

Nr. 154

14. JAHRGANG



Auch das ist der Landkreis Mittelsachsen ! Er erstreckt sich westlich bis an die Grenze zu Thüringen und südlich bis auf den Kamm des Erzgebirges. Die Gemeinden Neuhausen und Rechenberg-Bienenmühle grenzen an Böhmen. Auf ihren Territorien befinden sich der südlichste und der östlichste Punkt des Landkreises.

Unser Blick geht zum 787 Meter hohen Schwartenberg, davor das Tal der Flöha. Der freistehende Schwartenberg dominiert das Landschaftsbild, obwohl er nicht die höchste Erhebung auf dem Territorium des Landkreises Mittelsachsen ist. Diese Ehre gebührt dem 837 Meter hohen Kohlberg, etwa fünf Kilometer nordöstlich vom Schwartenberg und südlich der Rauschenbach-Talsperre.

DIE DREI TITELTHEMEN DIESER AUSGABE:

1. DISKUTIERT:

DIE LINKE BEREITET RICHTUNGSWEISENDE
PARTEITAGE IM HERBST VOR

2. INFORMIERT:

DIE SITZUNG DES MITTELSÄCHSISCHEN
KREISTAGES VOM 27. MAI - TEIL 2

3. BERICHTET:

AUS DER ARBEIT DES TEAMS DER MITTELSÄCHSISCHEN
LANDTAGSABGEORDNETEN

- 2 editorial & standpunkt
- 3 kolumne & protest gegen afd in burgstädt
- 4/5 **titelthema 1: die linke bereitet sich auf parteitage vor**
- 6 **titelthema 2: sitzung des kreistages vom mai - teil 2**
- 7 stadt rochlitz ans eisenbahnnetz ?
- 8 **titelthema 3: aus der arbeit im Landtag**
- 9 reisebericht aus russland
- 10 **unsere serie zur politischen bildung:** Beitrag -59-: über „rassen“ und rassismus
- 11 kreisvorstand & jahrestage & glückwünsche
- 12 termine & trauer & querbeet

Die nächste gedruckte Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am **Mittwoch, dem 19. August 2020. Redaktionsschluss** ist am **Mittwoch, dem 12. August**. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck und die Auslieferung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN und die Bürgerbüros der LINKEN im Landkreis Mittelsachsen zu spenden.

Spendenempfehlung: 12,00 Euro als Jahresbeitrag. Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ sind auch unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen

Sparkasse Mittelsachsen

IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10

BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht.

Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum
DIE LINKE.

Herausgeber:

KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:

Kreisgeschäftsstelle der LINKEN
Redaktion „LinksWorte“
09599 Freiberg, Lange Straße 34
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
Telefax: 0 37 31 - 20 21 40
e-mail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Ruth Fritzsche, Achim Grunke, Kati Voigt, Hans Weiske (verantw. i.S.d.P.)

Layout und Satz: **A • Bi • Te**
Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
Birkenstraße 23 b
09557 Flöha/OT Falkenau

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG
Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „LinksWorte“ findet man direkt oder über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN. Durch einen Klick kann man dort neben der jeweils aktuellen Ausgabe ein Archiv mit allen seit September 2007 erschienen Ausgaben der „LinksWorte“ öffnen.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

vor uns stehen die Sommerferien vom 20. Juli bis zum 28. August. In der Regel eine „Saure-Gurken-Zeit“ für die politische Arbeit. Nicht aber für die Abgeordneten und ihre Mitarbeiter*Innen. Wir erinnern nur an die fast schon legendären „Sommer-Touren“ von Jana Pinka in den vergangenen Jahren. In diesem Jahr geht Marika Tändler-Walenta ab dem 11. August auf Markt tour, u.a. kommt sie auf die Marktplätze in Burgstädt, Waldheim, Frankenberg, Mittweida, Döbeln, Rochlitz und Freiberg. Dabei wird sie u.a. Unterschriften für die „Frankenberger Erklärung“ sammeln, die zum Weltfriedenstag auf einer Veranstaltung in Frankenberg in Anwesenheit der Parteivorsitzenden Katja Kipping verabschiedet wird. Am gleichen Tag kommt Katja Kipping auch nach Freiberg und Rochlitz. In unserer August-Ausgabe werden wir über den Stand der Vorbereitung des Weltfriedenstages und die Markt tour berichten. Für den August ist auch ein gemütlicher Grillabend am Lagerfeuer vorgesehen, zu dem alle Menschen eingeladen werden, die zu den vergangenen Kommunalwahlen für DIE LINKE kandidiert haben - im Landkreis und in den Kommunen. Ab Anfang September rückt der „Parteitags-Herbst“ in den Mittelpunkt. Zu einigen politischen Fragen, wie finanzielle Handlungsfähigkeit nach Corona, die Schuldenbremse und die Haltung zum bedingungslosen Grundeinkommen berichten wir im Titelthema -1-. Immerhin stehen Schwerpunkte der Strategie- und Strukturdebatten im Vorfeld der Parteitage noch aus, da sie wegen der Corona-Krise nicht oder nur mit gebremstem Schäum angegangen werden konnten. Den Auftakt bildet der Landesparteitag der sächsischen LINKEN am 10. Oktober in Plauen. Der Bundesparteitag folgt vom 30. Oktober bis zum 1. November in Erfurt. Unser Kreisvorstand hat sich dazu verständigt, den obligatorischen Kreisparteitag im November durchzuführen. Es ist also viel los in diesem Herbst. Und ganz allmählich rücken die Bundestagswahlen im kommenden Jahr in den Blickpunkt.

Wir setzen unsere im Juni begonnene Berichterstattung von der Sitzung des Kreistages am 27. Mai fort. Die nächste Sitzung des Kreistages findet bereits am 15. Juli statt. Wir berichten in unserer August-Ausgabe.

Schon traditionell berichten wir über die Arbeit der Kreisvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Marika Tändler-Walenta und ihres Teams, was sich verändert und weiter verstärkt hat.

In unserer Serie zur politischen Bildung und Information widmet sich Achim Grunke einer Frage, die aktuell in den Mittelpunkt politischer Diskussionen gerückt ist.

Unser Beitrag in der Serie zur politischen Bildung und Information aus der Feder von Achim Grunke befasst sich aus aktuellem Anlass - den wieder aufflammenden Debatten um den Rassismus - mit dieser Frage.

Unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir wie allmonatlich eine interessante und anregende Lektüre.

was der freitagabend von burgstädt uns eindrucksvoll zeigte !

Von DIETER ERLER, Rochlitz

Gemeinsam mit zwei Genoss*Innen aus Rochlitz machte ich mich am Freitag, dem 26.06. auf den Weg nach Burgstädt. Anlass war der von dortigen Genossen organisierte Protest gegen eine Kundgebung der AfD auf dem Markt, welche diese unter das Motto „Grundrechte verteidigen“ gestellt hatte. Das Motto unseres Gegenprotestes war „Gesicht zeigen, mit Anstand und Abstand“. Auffällig für mich waren die zahlreichen Teilnehmer auf unserer Seite, darunter viele „normale Bürger“ im Alter zwischen 30 und 50 Jahren. Vom Kreisverband sahen wir dagegen leider nur wenige bekannte Gesichter !!! Zuerst sprachen die Organisatoren über den geplanten Verlauf der Gegenkundgebung sowie den sich anschließenden Spaziergang um das Rathaus. Eine Geschäftsinhaberin aus Burgstädt fand vor den dann mittlerweile ca. 400 Teilnehmern des Protestes treffende Worte gegen die AfD-Politik von Kalbitz und Co. und für ein solidarisches und friedliebendes Burgstädt und ganz Sachsen. Sie sprach uns allen aus den Herzen und erhielt viel Beifall.

Ich kam mit einigen Leuten auf dem Brühl und während des Rundgangs ins Gespräch, alle lobten die organisierten Proteste und verurteilten den Rechtsextremismus a la AfD. Hausbewohner in Burgstädt winkten uns Teilnehmern zu und begrüßten die Aktionen gegen die AfD.

Als zielführend empfand ich auch die von jungen Leuten aus Chemnitz mitgeführten Spruchbänder und Plakate, die ihre Wirkung nicht verfehlten.

Das große Aufgebot an Polizei war zunächst überwältigend, aber sie haben meiner Meinung nach eine gute Arbeit geleistet, denn unser Rundgang führte unmittelbar am Markt mit den dort versammelten AfD-Anhängern vorbei. Nennenswerte Zwischenfälle gab es nicht.

Der Freitagabend in Burgstädt hat eindrucksvoll gezeigt, dass solche Aktionen von uns LINKEN gemeinsam mit anderen progressiven Kräften Wirkung zeigen und die Einflüsse der AfD auf die Bürgerschaft zurückdrängen können.

NACHDENKEN (S) - WERT (ES)

Man kann nicht immer nur streiten, man muss auch mal denken.

Florian Günther

Ideologie ist Ordnung auf Kosten des Weiterdenkens.

Friedrich Dürrenmatt

Optimismus ist nur ein Mangel an Information.

Heiner Müller

auf seite - drei -
- immer konsequent links -

unser monatlicher
aktueller meinungsbeitrag

Am 25. September 2015 verabschiedeten die 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen auf einem Gipfeltreffen in New York die **Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung**. Bereits mit dem Titel „Transformation unserer Welt“ signalisierten die Regierungen den Anspruch, dass mit der Agenda grundlegende Veränderungen in Politik und Gesellschaft in den Jahren bis 2030 angestoßen werden sollten. Mit den **„fünf großen P“** wurden fünf Kernbotschaften verknüpft:

- Die Würde des Menschen im Mittelpunkt (**P**eople): Eine Welt ohne Armut und Hunger ist möglich,
- Den Planeten schützen (**P**lanet): Klimawandel begrenzen, natürliche Lebensgrundlagen bewahren,
- Wohlstand für alle (**P**rosperity): Globalisierung gerecht gestalten,
- Frieden fördern (**P**eace): Menschenrechte und gute Regierungsführung,
- Globale Partnerschaft aufbauen (**P**artnership): Global gemeinsam voranschreiten

Es ist der umfassendste Vertrag, den sich die Menschheit je gegeben hat: Der jetzt vorgelagte jährliche Fortschrittsbericht zur Umsetzung der Agenda 2030 gerät laut eines dpa-Berichtes vom 7. Juli vor allem wegen der Corona-Krise ausgesprochen düster. Die Menschheit werde in Armutbekämpfung, Gesundheitswesen und Bildung um Jahrzehnte zurückgeworfen. Bereits Ende des vergangenen Jahres habe man beim Erreichen Ziele der Agenda hinterhergehangen, erklärten die Vereinten Nationen. „Wegen Covid-19 bedroht nun eine nie gesehene Gesundheits-, Wirtschafts- und Gesellschaftskrise Leben und Existenzgrundlagen, was das Erreichen der Ziele noch mehr zur Herausforderung macht“, sagte UN-Generalsekretär António Guterres. Unter anderem würden voraussichtlich 71 Millionen Menschen in diesem Jahr wieder in Armut zurückfallen, das wäre der erste Anstieg seit 1998. Auch bei der Kinderarbeit könnte es erstmals seit Jahrzehnten wieder einen Anstieg geben. Die UN sagen zudem weltweit Hunderttausende Tote durch Probleme bei Gesundheits- und Impfversorgung voraus. Überproportional oft seien weltweit Arme, Menschen mit Behinderungen und häufig auch Frauen von der Corona-Krise betroffen. Mehr als eine Milliarde Menschen in Slums würden die Krise wegen fehlenden Wasseranschlüssen daheim, wegen geteilter Toiletten und überfülltem öffentlichen Verkehrsmitteln besonders spüren. Schulschließungen hätten 90 Prozent aller Schüler weltweit betroffen, rund 1,57 Milliarden Kinder und Jugendliche. 370 Millionen davon haben deshalb auch für sie lebensnotwendiges Schulessen verpasst.

Schlimme Fakten: Und jetzt hat US-Präsident Trump auch noch die Mitgliedschaft seines Landes in der Weltgesundheitsorganisation aufgekündigt. Auch die Bundesrepublik ist von Corona betroffen. Dennoch wäre es an der Zeit, gerade jetzt noch viel mehr Solidarität mit den Armen dieser Welt zu üben. Wie wäre es mit einer höheren Besteuerung der Wohlhabenden und der Reduzierung der Rüstungsausgaben? (hw)

aktiver widerstand gegen die afd in burgstädt

Es ist Freitag, der 26. Juni. Schon viele Tage vorher hatte die AfD-Stadtratsfraktion Burgstädt zu einer Kundgebung unter dem Motto „Grundrechte verteidigen“ aufgerufen. „Zugvogel“ der Veranstaltung war der Neonazi Andreas Kalbitz aus Brandenburg, dem wegen seiner früheren Mitgliedschaft in der inzwischen verbotenen Neonaziorganisation Heimattreue Deutsche Jugend die AfD-Mitgliedschaft abhanden kommen könnte.

Weit über Burgstädt hinaus regte sich unmittelbar nach Bekanntwerden des Kalbitz-Auftrittes vielfältiger Protest. „Unsere Stadt identifiziert sich nicht mit solchen Leuten“, sagt Ralf Jerke, Stadtrat der Linken. Er habe zusammen mit Michael Seidel (SPD/B90/Grüne)

Teilnehmer sich später größtenteils der Veranstaltung „Gesicht zeigen“ angeschlossen. Dass die Burgstädter AfD streitbar ist, sei bekannt, so Ralf Jerke gegenüber der „Freien Presse“. Bis auf wenige Ausnahmen sei die Arbeit im Stadtrat - bei allen gegenteiligen politischen Ansichten - bisher jedoch immer von Sachlichkeit geprägt gewesen. „Mit der Einladung und dem Auftritt eines Neonazis in unserer Stadt wurde jetzt aber eindeutig eine Grenze überschritten“, sagte Ralf Jerke weiter. Nicht vergessen seien die Zeiten, als in Burgstädt und der Region noch die inzwischen verbotene rechtsextremistische Vereinigung „Sturm 34“ ihr Unwesen getrieben habe. „Einige der damals Beteiligten befinden sich bekanntermaßen heute wegen ähnlicher Straftaten erneut in Haft“, fügte er hinzu.



Bericht in der „Freien Presse“ am Tag nach den Protesten gegen die AfD.



Sie waren neben vielen anderen beim Protest gegen die Veranstaltung der AfD dabei: **DIETER ERLER**, Mitglied des Kreisvorstandes aus Rochlitz, Organisator **RALF JERKE**, Stadtrat der LINKEN vom Ortsverband Burgstädt und der Vorsitzende des Ortsverbandes Rochlitz-Geringswalde, **ROBERT SOBOLEWSKI** (von links).

als Vertreter der bürgerlichen Mitte eine Veranstaltung unter dem Motto „Gesicht zeigen - mit Anstand und Abstand“ auf dem Brühl vor dem Rathaus mit der Bildung einer Menschenkette angemeldet und dafür viel Zuspruch erhalten. Zeitgleich fand ein von den Freien Wählern organisiertes Friedensgebet statt, dessen

Zu den Zahlen der Teilnehmer der Kundgebung der AfD und der Gegendemo „Gesicht zeigen“ kursieren in Pressemeldungen verschiedene Angaben. Einig war man sich allerdings darin, dass mindestens doppelt so viele „Gesicht zeigten“, wie die Zahl jener, die der AfD auf den Leim gingen. (hw)

Wie vieles im Leben ist auch in der Politik der LINKEN auf Bundes-, Landes- und Kreisebene durch die Corona-Krise einiges durcheinander gewirbelt worden. Vom 12. bis 14. Juni hätte in Erfurt der Bundesparteitag stattfinden sollen, welcher nun auf das Wochenende vom 30. Oktober bis 1. November verlegt wurde. Einiges, was im Vorfeld des Parteitages im Frühjahr passieren sollte, ist entweder noch offen (wie die geplante Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenz, die Anfang April in Düsseldorf stattfinden sollte) oder in Form von Videokonferenzen bzw. Online-Foren abgelaufen. Noch bis August werden die Beratungen des Parteivorstandes als Videokonferenzen durchgeführt. Das Mitgliedermagazin „Disput“ ist im Februar eingestellt worden. An seine Stelle wird ein digitales Magazin treten, dessen Start sich durch Corona allerdings verzögert hat und an dem „mit Hochdruck gearbeitet wird“. Einen festen Platz hat auch künftig der wöchentliche Newsletter, den man online abonnieren kann. Mitglieder der LINKEN werden von Parteivorstandsmitgliedern zusätzlich ein Mal im Monat per Mail über aktuelle Themen, Aktionen und Kampagnen informiert. Auch in Zukunft gibt es zwei Mal im Jahr den klassischen Mitgliederbrief von Katja Kipping und Bernd Riexinger. Der sächsische Landesverband stand vor Corona unmittelbar vor dem scharfen Start einer dringend erforderlichen Strukturdebatte in Umsetzung der Beschlüsse des Landesparteitages. Dazu sollten Regionalkonferenzen und ein viermal tagendes Strukturplenum dienen. Auch hier konnten die meisten der vorgesehenen Maßnahmen nicht oder nur in eingeschränkter Form durchgeführt werden. Inzwischen rückt der Landesparteitag am 10. Oktober in den Mittelpunkt. Im Landesvorstand wird am 17. Juli (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) ein erster Entwurf des Leitantrages beraten. Wir informieren in unserem Titelthema über aktuelle Beschlüsse auf Bundes- und Landesebene sowie über die Online-Präsentation der LINKEN auf den Web-Seiten des Bundes- und Landesverbandes.

aus aktuellen beschlüssen des bundesvorstandes der linken

Finanzielle Handlungsfähigkeit von Ländern und Kommunen sichern (Auszug aus dem Beschluss vom 20. Juni 2020)

Die Corona-Krise führt bei Bund, Ländern und Kommunen zu massiven Steuerausfällen. Gegenüber der Steuerschätzung vom November 2019 verzeichnet der Bund bis 2024 Mindereinnahmen in Höhe von insgesamt 171,2 Mrd. Euro, die Länder 95,3 Mrd. Euro und die Kommunen auf 45,6 Mrd. Euro. Zudem führen die Maßnahmen zur Stützung der Wirtschaft und zur Reduzierung von Einkommensverlusten zu erheblichen Mehrausgaben bei allen Gebietskörperschaften. Nach einer Untersuchung des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein (Stand Mai 2020) betragen – ohne Berücksichtigung des Konjunkturpaketes des Bundes in Höhe von 130 Mrd. – die Corona-bedingten Mehrausgaben des Bundes 255,8 Mrd. Euro, die der Länder 85,9 Mrd. Euro. Schätzungen gehen von einer zusätzlichen Belastung der Kommunen durch Mehrausgaben in Höhe von 11,5 Mrd. aus.

Die Finanzierung muss überwiegend über eine immense Kreditaufnahme erfolgen. So wird der Bund im Jahr 2020 ca. 180 Mrd. Kredite aufnehmen müssen. Die Schuldenbremse verpflichtet Bund und Länder, diese zusätzliche Kreditaufnahme mit Tilgungsplänen zu verbinden. Die geplante Tilgungsdauer beträgt in den meisten Ländern und beim Bund nicht mehr als 20 Jahre.

Die Krise wird über mehrere Jahre zu niedrigeren Steuereinnahmen führen, die rechtliche Verpflichtung zur Tilgung der Corona-bedingten Kredite bedeutet eine zusätzliche Belastung der Haushalte in Bund und Ländern. Damit droht, dass der Zwang zum Abbau der Staatsschulden durch die Schuldenbremse zur Kürzung in den Sozialhaushalten und bei dringend notwendigen Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und/oder zur Erhöhung der Massensteuern führt und die Kosten der Krise auf die breite Masse der Bevölkerung abgewälzt werden. Eine derartige Entwicklung muss verhindert werden. **DIE LINKE fordert deshalb eine einmalige Vermögensabgabe und die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer.**

In der Krise zeigt sich die krisenverschärfende, wirtschaftlich und sozial kontraproduktive Wirkung der Schuldenbremse. **DIE LINKE hat diese deshalb von Anbeginn an abgelehnt und fordert ihre Abschaffung.** Kurzfristig tritt DIE LINKE unter den Bedingungen der grundgesetzlich verankerten Schuldenbremse dafür ein, die Tilgungspläne über einen möglichst langen Zeitraum zu strecken und die Möglichkeit, die Tilgung in konjunkturellen Schwächeperioden auszusetzen. Lange Tilgungszeiträume reduzieren

den Konsolidierungsdruck auf die öffentlichen Haushalte. Solange es keine Zwei-Drittel-Mehrheit für eine Abschaffung der Schuldenbremse gibt, tritt DIE LINKE dafür ein, das sog. Artikel 115 Gesetz, mit dem die Umsetzung der Schuldenbremse einfachgesetzlich geregelt wird, zu reformieren:

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie treffen die Kommunen besonders hart. Zu dem massiven Einbruch der Einnahmen insbesondere bei der Gewerbe- und der Einkommensteuer kommen drastisch reduzierte Gebühreneinnahmen und Verluste bei kommunalen Unternehmen hinzu. Gleichzeitig ist die Corona-Krise mit umfangreichen Mehrausgaben insbesondere im Gesundheits- und Sozialbereich verbunden. Zusammen wird hier von Mehrausgaben bzw. fehlenden Einnahmen von rund 1 Mrd. ausgegangen. Die Auswirkungen auf die kommunalen Unternehmen ist noch überhaupt nicht abzuschätzen. Viele Kommunen haben Haushaltssperren erlassen und fahren Investitionsvorhaben zurück.

Das Konjunkturprogramm des Bundes enthält erste wichtige Maßnahmen zur Stützung der kommunalen Finanzen im Volumen von ca. 20 Mrd. Euro. Die Kompensation des Einbruchs bei den Gewerbesteuererträgen häufig durch Bund und Ländern, eine dauerhafte Erhöhung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft im Rahmen der Grundversicherung auf 75 Prozent, zusätzliche Mittel für den Ausbau von Kitas und Krippen, mehr Geld für personelle und technische Verbesserungen bei den Gesundheitsämtern, eine Aufstockung des Investitionsplans Sportstätten sind wichtige Maßnahmen zur Stützung der kommunalen Finanzen. Auch die einmalige Aufstockung der Regionalisierungsmittel für den Nahverkehr um 2,5 Mrd. werden teilweise den Kommunen zugutekommen. Angesichts eines Rückgangs der Fahrgastzahlen bei den ÖPNV-Unternehmen zwischen 60 und 90 Prozent sind die Einnahmeausfälle deutlich höher. Aller Voraussicht nach werden auch im nächsten Jahr das Vorkrisenniveau der Einnahmen nicht erreicht werden. **Notwendig ist deshalb eine vollständige Kompensation der Einnahmeausfälle.**

Angesichts des kommunalen Investitionsstaus von ca. 140 Mrd. €, der schon vor der Krise unzureichenden finanziellen Ausstattung der kommunalen Haushalte sind jedoch weitergehende Maßnahmen notwendig. Rund 25 Prozent der Bevölkerung leben aktuell in einer Kommune, die dauerhaft in Haushaltssicherungsmaßnahmen steckt. Das Volumen der Kassenkredite beträgt gegenwärtig mehr als 35 Mrd. Euro. Diese sind eigentlich zur kurzfristigen Liquiditätssicherung gedacht, sind aber für viele Kommunen zum dauerhaften Finanzierungsinstrument für Pflichtaufgaben geworden. Freiwillige Leistungen müssen dabei oft auf der Strecke bleiben. Gleichzeitig klafft die Schere zwischen armen und reichen Kommunen immer weiter auseinander. **DIE LINKE fordert deshalb einen Altschuldenfonds zum Abbau der kommunalen Altschulden. Im Rahmen der Förderprogramme des Bundes soll außerdem auch die Möglichkeit zur Finanzierung von Personalkosten zu ihrer Umsetzung geschaffen sowie eine Kombination verschiedener Förderprogramme des Bundes möglich gemacht werden.**

Die Corona-Krise hat die Bedeutung der öffentlichen Daseinsvorsorge deutlich gemacht. **Wir schlagen deshalb die Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts zur Beratung und Unterstützung von Kommunen bei Rekommunalisierungsvorhaben im Gesundheitsbereich und anderen öffentlichen Infrastrukturen und eine finanzielle Unterstützung des Bundes für Rekommunalisierungsvorhaben durch zinslose Darlehen bzw. Zuschüsse.**

Die Schuldenbremse streichen (Beschluss vom 20. Juni 2020)

Unterstützung der Kampagne „International solidarisch: Schluss mit Austerität!“ und des Hamburger Volksentscheids „Schuldenbremse streichen!“

Die LINKE unterstützt die Kampagne „International solidarisch: Schluss mit Austerität!“ sowie den Hamburger Volksentscheid „Soziale Wohlfühlentwicklung, jetzt: demokratisch, zivil, für Alle – DIE „SCHULDENBREMSE“ STREICHEN!“ zur Streichung der Schuldenbremse aus der Hamburgischen Landesverfassung – und perspektivisch allen weiteren Landesverfassungen, dem Grundgesetz sowie allen EU-Regularien.

Diese Aktivitäten werden in der LINKEN, in den Landes-, Kreis- und Ortsverbänden zur Anregung verbreitet. Zur Unterstützung der letzten Sammelphase des Volksentscheids wird infrastrukturelle Unterstützung organisiert und insbesondere Genoss*innen aus dem Bundesgebiet nach Hamburg mobilisiert.

Votum des Parteivorstandes zum Mitgliederentscheid über das Bedingungslose Grundeinkommen (Beschluss vom 20. Juni 2020)

Der Parteivorstand plädiert für ein NEIN gegen das Begehren eines Mitgliederentscheides, DIE LINKE auf die Forderung eines bedingungslosen Grundeinkommens festzulegen. In unserem Grundsatzprogramm, das wir auf dem Erfurter Parteitag 2011 beschlossen und

auf die richtungsweisenden parteitage im herbst

in einem Mitgliederentscheid mit 96 Prozent bestätigt haben, fordert DIE LINKE: ein Recht auf gute, existenzsichernde Arbeit, kürzere und geschlechtergerechte Verteilung der Arbeitszeit in einem neuen Normalarbeitsverhältnis, eine armutsfeste Mindestsicherung für alle, ohne Sperrzeiten oder andere Sanktionen, eine armutsfeste solidarische gesetzliche Rente einschließlich einer solidarischen Mindestrente, eine solidarische Gesundheits- und Pflegevollversicherung, in die alle einzahlen und daraus abgesichert sind einen sozial-ökologischen Umbau, der Einstiege und Übergänge für eine demokratische sozialistische Wirtschaftsordnung schafft.

Weiter stellt das Programm fest: „Teile der LINKEN vertreten darüber hinaus das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens, um das Recht auf eine gesicherte Existenz und gesellschaftliche Teilhabe jedes Einzelnen von der Erwerbsarbeit zu entkoppeln. Dieses Konzept wird in der Partei kontrovers diskutiert. Diese Diskussion wollen wir weiterführen.“ Der Bundesparteitag 2015 hat mit wenigen Gegenstimmen in dem Beschluss „DIE LINKE und das Bedingungslose Grundeinkommen“ festgestellt: „Es wird innerhalb der Partei DIE LINKE und unter ihren WählerInnen auch in absehbarer Zukunft sowohl BefürworterInnen wie GegnerInnen eines Bedingungslosen Grundeinkommens geben. (...) Jede Form von Entscheidung in dieser Frage (...) in der einen oder anderen Richtung würde jeweils Teile der Partei und ihrer sozialen Basis von der LINKEN abstoßen.“ Daran hat sich nichts geändert. Die Vorstellungen der BAG Grundeinkommen zur Finanzierung und den Wirkungen ihres Konzepts werden von vielen in der Partei und der gesellschaftlichen Linken mit fundierten Gegenargumenten bestritten. Soziale Gerechtigkeit sei bedarfsorientiert und durch öffentliche Dienstleistungen zu erreichen. Das Grundeinkommens-Konzept schaffe neue Ungerechtigkeiten und Kombilohneffekte, schwäche gewerkschaftliche Kämpfe, sei zudem nicht durch- und umsetzbar. Es stehe im Widerspruch zu breit getragenen Forderungen der LINKEN, die wir gemeinsam mit vielen Bündnispartnern in Gewerkschaften, Sozialverbänden und weiteren Akteur*innen der Zivilgesellschaft vertreten. Dafür haben wir fundierte Finanzierungskonzepte durch eine gerechte Steuer- und Sozialpolitik der Umverteilung von oben nach unten. Eine Festlegung der LINKEN auf die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen würde unsere Politikfähigkeit in den konkreten Auseinandersetzungen, in Bündnissen und Bewegungen ebenso gefährden wie die notwendige Pluralität und Breite der LINKEN.

Besser informiert.

Mit dem Newsletter der LINKEN

Du möchtest immer auf dem neuesten Stand der LINKEN sein? Du möchtest keine Kampagne mehr verpassen, immer wissen über welche Themen wir gerade auf Bundes- und Landesebene diskutieren oder welche Aktionen bald anstehen? Dann abonniere unseren wöchentlichen Newsletter!

Er ist der elektronische Mitgliederrundbrief der LINKEN und wird von einer mehrköpfigen Redaktionsgruppe jede Woche für Euch erstellt.

Der wöchentliche Newsletter der LINKEN erscheint seit 21. Juni 2007. Er kann über die Webseite www.die-linke.de abonniert werden. Seit einigen Jahren steht er immer unter einem konkreten Titelthema. Untenstehend eine Übersicht zu den letzten Ausgaben (Stand vom 7. Juli).

DIE LINKE. Newsletter vom 1. Juli 2020: Das Konjunkturpaket - eine vertane Chance.

DIE LINKE. Newsletter vom 24. Juni 2020: Schluss mit dem Schweinesystem!

DIE LINKE. Newsletter vom 17. Juni 2020: Fest der Linken online

DIE LINKE. Newsletter vom 10. Juni 2020: #unteilbar durch die Krise

DIE LINKE. Sondernewsletter vom 29. Mai 2020: Frühlingsakademie 2020 online

DIE LINKE. Newsletter vom 3. Juni 2020: Mobilität nach Corona

DIE LINKE. Newsletter vom 27. Mai 2020: Flughansa verstaatlichen!

DIE LINKE. Newsletter vom 20. Mai 2020: Mietendeckel überall!

DIE LINKE. Newsletter vom 13. Mai 2020: Wir klagen die CDU an!

DIE LINKE. Newsletter vom 6. Mai 2020: Tag der Befreiung



Unter dieser Überschrift wird seit einigen Monaten auf der Webseite

www.dielinke-sachsen.de

über die Schwerpunkte der Beratung des sächsischen Landesvorstandes der LINKEN berichtet. Am Ende des Berichtes kann man über einen Link die gefassten Beschlüsse im Wortlaut aufrufen. Aktuell sind das die Beschlüsse vom 19. Juni. Die nächste Landesvorstandssitzung findet am 17. Juli (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe der LinksWorte) im Gewerkschaftshaus Dresden statt. Obwohl der Landesvorstand, gezwungen durch die Corona-Krise, bereits mehrere seiner Beratungen als Videokonferenz durchführte, passte er seine Geschäftsordnung nun auch in diesem Sinne an. Das bedeutet, dass Vorstandssitzungen nun auch ganz formal und ohne Virus-Krise als Videokonferenz durchgeführt werden können. Auch die im Zuge der Pandemie eingeführte Praxis, zwischen den Vorstandssitzungen formlose Videokonferenzen durchzuführen, soll beibehalten werden.

Es wurde u.a. folgendes beschlossen:

- Vorschlag für eine Struktur des **Leitantrages an den Landesparteitag** im Oktober 2020. In Zusammenarbeit mit der Landtagsfraktion, den landesweiten Zusammenschlüssen und dem Jugendverband. Eine Lesung und Diskussion einer ersten Fassung der insgesamt zwölf Abschnitte (zu koordinieren durch Abschnittsbevollmächtigte des Landesvorstandes) erfolgt zur Beratung des Landesvorstandes am 17. Juli 2020. Nach weiterer Überarbeitung wird der Beschlussentwurf für den Landesparteitag auf der Sitzung des Landesvorstandes am 28. August bestätigt und anschließend an den Landesparteitag eingereicht. Anhand des Beschlussentwurfs erfolgt die weitere Diskussion in den regionalen Gliederungen des Landesverbandes.
- Im Rahmen der aktuellen Strukturdebatte wird im Zeitraum von August bis Oktober 2020 im Landesverband eine **Mitgliederbefragung** durchgeführt.
- Gründung eines **Rates Politische Bildung**. Durch die neu entstehende Webinar-Infrastruktur werden viel mehr Bildungsangebote des Landesverbandes möglich sein.
- Beschluss der Wahlkampfstrukturen der LINKEN Sachsen für das Wahlkampfpjahr 2021. Die Kreisvorstände werden gebeten, ihre Wahlkampfverantwortlichen bis Ende Oktober 2020 zu benennen.
- Einrichtung einer Arbeitsgruppe für die Erarbeitung eines Wahl- und Aufstellungsverfahrens für die Bundestagswahl 2021

Sachsens Linke!
Neue Ausgabe jetzt online

Jetzt da: »Sachsens Linke!« Mai/Juni 2020

Die neue Ausgabe der Zeitung unseres Landesverbandes, der Sachsens Linke!, ist fertig und steht hier für euch als PDF zum Download bereit: Sachsens Linke! Mai/Juni 2020 PDF-Datei (4,66 MB)

„Sachsens Linke“ erschien bis Ende 2019 monatlich als Einleger in der Zeitung »Links!«. Seit Anfang 2020 wird sie jeden zweiten Monat eigenständig veröffentlicht. Man kann sich als Digital-Abonnent einschreiben oder die digitale Zeitung über die Webseite der sächsischen LINKEN sofort nach ihrem Erscheinen abrufen. Auf Anmeldung wird die Zeitung weiter als gedrucktes Exemplar nach Hause geliefert.

Kreistag, Teil -2-

Da der Kreistag auch für **Beförderungsentgelte für den Verkehr mit Taxen** im Landkreis zuständig ist, die aktuell gültige Taxitarifverordnung bereits 2015 beschlossen wurde und die Preise seither stabil blieben, war es Zeit für eine Anpassung. Deshalb hatte die Taxizentrale Mittelsachsen e.G. bereits am 5. Februar 2019 die Aktualisierung der Beförderungsentgelte für das Pflichtfahrgebiet „Landkreis Mittelsachsen“ beantragt. Begründet wurde der Antrag mit gestiegenen Kosten. Nicht nur der Mindestlohn wurde jährlich erhöht, auch Kosten für Kraftstoff und Versicherung sind jedes Jahr gestiegen. Gemäß Personenbeförderungsgesetz müssen die Beförderungsentgelte so festgesetzt werden, das sie für die Taxiunternehmer zumindest kostendeckend sind und deren Existenz gewährleisten. Die vom Gesetzgeber gewünschte Erhaltung der Leistungsfähigkeit gebietet darüber hinaus die Veranschlagung von angemessenen Gewinnspannen für notwendige technische Entwicklungen zu berücksichtigen. Der mehrheitlich gefasste Beschluss sieht vor, das die novellierte Taxitarifverordnung für unseren Landkreis am 15.07.2020 in Kraft tritt. Damit steigen die Preise für den Fahrgast je nach Tarifstufe um bis zu 20 Prozent an. Derzeit gibt es im Landkreis 69 Taxiunternehmen: 16 in der Region Döbeln, 17 in der Region Mittweida und 36 in der Region Freiberg.

Als letzter Beschluss dieses Kreistages erfolgte endlich die **Bestellung eines neuen hauptamtlichen Kreisbrandmeisters**. Der bisherige Stelleninhaber, Herr Nepp, war bereits am 30.06.2019 in den Ruhestand getreten. In der Vorberatung auf die Sitzung des Kreistages hatte der Ausschuss für Umwelt und Technik einstimmig empfohlen, Herrn Tommy Kühn in dieses Amt zu bestellen. Herr Kühn ist Bürger unseres Landkreises und langjähriges aktives Mitglied der FFW seines Heimatortes Niederbobritzsch. Seit dem 01.10.2017 ist er als Sachbearbeiter Brandschutz im Landratsamt beschäftigt. Er verfügt über die persönlichen und fachlichen Voraussetzungen zur Bestellung in die Funktion des hauptamtlichen Kreisbrandmeisters. Der Kreisfeuerwehrverband wurde zur beabsichtigten Bestellung angehört. Es gab keine Einwände. Nach einer kurzen persönlichen Vorstellung wurde Herr Kühn einstimmig gewählt und durch den Landrat bestellt. Tommy Kühn ist somit neuer Chef von rund 5.000 Feuerwehrleuten im Kreis, die in 53 Gemeinde- und mehr als 200 Ortsfeuerwehren aktiv sind.

Den Tagesordnungspunkt – Anfragen der Kreisräte – nutzte das Mitglied unserer Fraktion, David Rausch, um nach dem **Schicksal des Schlosses Wechselburg** zu fragen. Die Anfrage war notwendig geworden, weil die Antwort auf die von ihm schriftlich dazu an den Landrat gestellte Frage seit längerem auf sich warten lässt. Heraus kam, das der im letzten Jahr mit einem Investor verhandelte Kaufvertrag nicht unterschrieben wurde, da einige strittige Punkte wie z.B. das Wegerecht nicht geklärt werden konnten. Es muss also wieder bei Null angefangen werden. Interessant daran ist, das ohne die Frage von D. Rausch der Kreistag vom geplatzten Vertrag nichts erfahren hätte.

Ausschuss Umwelt und Technik

Am 17. Juni 2020 fand die turnusmäßige Sitzung des Ausschusses Umwelt und Technik des Kreistages statt. Am Tag zuvor hatte die „Freie Presse“ zum wiederholten Male über die **Finanzmisere des Abfallwirtschaftsverbandes Chemnitz (AWVC)** berichtet. Nachzulesen war die Aussage vom Verbandeschef Mirko Runkel, der auch Umwelt – Bürgermeister in Chemnitz ist, das aus vorangegangenen Kalkulationszeiträumen Fehlbeträge von ca. 3,5 Mio Euro ausgeglichen werden müssen. Dazu kommen kämen noch einmal 5,5 Mio Euro, für die die Verbandsmitglieder in diesem und im nächsten Jahr Umlagen an den Verband zahlen sollen. Unabhängig davon hat der AWVC bereits am 01.06.2020 seine Gebühren erhöht. Daraus ergeben sich für unseren Landkreis für das Jahr 2020 Mehrkosten von ca. 350.000 Euro. Jens Irmer, Chef der Kreis – Entsorgungsdienste (EKM) geht aber trotzdem davon aus, das die Bürger unseres Landkreises davon nicht betroffen sind. Er schätzt ein, das die für 2012/22 kalkulierten Gebühren

gehalten werden können.

In der Sitzung des AUT stand also die „Schließung der Liquiditätslücke durch Umlagenzahlung der Verbandsmitglieder des AWVC“ ganz oben auf der Tagesordnung. In der Vorlage ging es um eine Summe von knapp 950.000 Euro, die für 2020 zu zahlen ist.

Eine wesentliche Ursache für die Finanzmisere war die Tatsache, das der AWVC bei seiner Gründung 1999 nicht mit dem notwendigen Eigenkapital ausgestattet wurde. Schon in der Eröffnungsbilanz wurde ein Fehlbetrag ausgewiesen, der nicht durch Eigenkapital gedeckt war. Bereits 2007 hatte das Regierungspräsidium Chemnitz gefordert, von den Gesellschaftern eine Umlage zur Deckung des Fehlbetrages zu erheben.

Diese Umlage in Höhe von 2,5 Mio Euro wurde bisher nicht erhoben, da zu dem Zeitpunkt ausreichend liquide Mittel vorhanden waren.

Auf Grund der aus meiner Sicht unklaren Situation führten die Rechnungsprüfungsämter der Gesellschafter Ende 2019 eine Sonderprüfung beim AWVC durch, um die Ursachen für die aufgetretenen Liquiditätsprobleme zu ermitteln sowie Ausgleichsmöglichkeiten aufzuzeigen. Ergebnis der Prüfung war, das die ausgewiesenen Fehlbeträge korrekt ermittelt wurden. Den Mitgliedern unserer Fraktion war das zu wenig. Der Vorschlag unseres Fraktionsmitgliedes Dr. J. Pinka, eine freiwillige Arbeitsgruppe aus Mitgliedern des Ausschusses zu bilden und Einsicht in die Akten zu verlangen, wurde von den anderen Fraktionen mit Schweigen beantwortet.

Meine Frage, ob bei Vorlage der Jahresabschlüsse auch die Entwicklung des „Cash – flow“ zum Nachweis der Liquidität mit vorgelegt und geprüft wurde, hat der 1. Beigeordnete, Dr. Lothar Beier, leider nur vage und ausweichend beantwortet.

Am Ende wurde der Beschluss zur Zahlung der Umlage bei zwei Gegenstimmen mehrheitlich gefasst.

Im nächsten Tagesordnungspunkt ging es um den **Kauf eines Grundstücks von der Saxonia gGmbH**. Das Flurstück liegt in unmittelbarer Nachbarschaft zum Berufsschulzentrum Julius Weißbach. Es ist geeignet, dort praxisorientierten Unterricht im Fach Bautechnik in den dort vorhandenen Gebäuden witterungsunabhängig durchzuführen. Mit dem Erwerb werden Ausbaureserven für die weitere Entwicklung des Berufsschulzentrums geschaffen. Der notwendige Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Für den **Betrieb der integrierten Rettungsleitstelle in Chemnitz** haben sich für die laufenden Abschlagszahlungen deutlich höhere Kosten ergeben als geplant. Allein für 2020 muss der Landkreis zusätzlich 360.900 Euro an die Stadt Chemnitz überweisen. Der Betrag kann nach der Schlussrechnung 2020 im folgenden Jahr noch höher ausfallen. Der Beschluss zur Zahlung wurde einstimmig gefasst.

Waren die Brandanschläge in Döbeln politisch rechts motiviert? Wenn ja, wäre das ein deutliches Warnsignal!

In der Nacht auf den 21. Februar 2020 brannten in Döbeln zwei Mehrfamilienhäuser, die sich in unmittelbarer Nähe zueinander befinden. In den betroffenen Häusern sind ein Dönerladen und eine Shishabar eingemietet. Glücklicherweise entstanden keine Personenschäden. Auffällig ist allerdings, dass zwischen den betroffenen Häusern ein weiteres Gebäude steht, welches von den Bränden verschont geblieben ist. Im Zusammenhang mit den Brandanschlägen gab es am 23. Juni 2020 in Döbeln nun eine Durchsuchung der Wohnung eines Tatverdächtigen.

Dazu erklärt **MARIKA TÄNDLER-WALENTA**: „Einige Tage nach den Bränden habe ich mir vor Ort ein Bild von den Schäden gemacht und zudem eine Anfrage an die Staatsregierung gestellt (Drucksache 7 / 1949). Demnach wird zum Motiv noch ermittelt – aber der Umstand, dass die Soko Rex daran arbeitet, dürfte kein Zufall sein. Sollte sich herausstellen, dass die Brandanschläge auf die beiden Geschäfte politisch rechts motiviert waren, wäre das ein klares Warnsignal für Döbeln. Ziel dieses Anschlags war jede Bewohnerin und jeder Bewohner der Stadt! Denn wer Brände legt, nimmt in Kauf, dass Menschen verletzt werden oder gar sterben. In der unmittelbaren Nähe der Tatorte liegt mein Bürgerbüro. Ich werde auch weiter das Gespräch mit der Stadtgesellschaft suchen, die Betroffenen nach Möglichkeit unterstützen und mich aktiv für ein friedliches Zusammenleben einsetzen.“

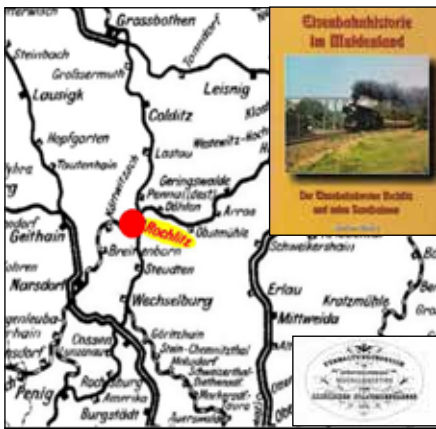
kehrt die Stadt Rochlitz eines Tages an das Schienennetz zurück ?

In unserer Juni-Ausgabe druckten wir ein Schreiben der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Bundestag, Caren Lay, an den Kreisvorstand und an die Kreistagsfraktion der LINKEN ab. Dabei ging es um das Thema „Bahnverkehr in Sachsen“, speziell um die Frage der Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken in unserem Kreis. In einer kurzen Replik habe ich geantwortet, dass es m. E. in Mittelsachsen dazu zwei diskussionswürdige Ansatzpunkte gibt.

■ Die Anbindung von Rochlitz über Geithain an das Liniennetz der S-Bahn Mitteldeutschland. Vom ehemaligen Bahnknoten Rochlitz aus gab es vor 1990 vier Verbindungen in alle Himmelsrichtungen.

■ Die Korrektur der Stilllegung des Abschnittes von Döbeln über Roßwein und Nossen nach Meißen-Triebischtal auf der ehemaligen Bahnstrecke von Borsdorf nach Coswig als Teil einer Fernverbindung von Leipzig nach Dresden.

In dieser Ausgabe gehen wir aus mittelsächsischer Sicht auf das Thema „Rochlitz“ ein, in der folgenden Nummer auf den stillgelegten Abschnitt „Döbeln - Roßwein“.



Eisenbahnhistorie pur:

Der von mir hervorgehobene Eisenbahnknoten Rochlitz auf einer historischen Streckenkarte der Königlich-Sächsischen Eisenbahnverwaltung von 1902. Anfang des vergangenen Jahrhunderts war der Streckenausbau in Sachsen im wesentlichen abgeschlossen, es folgten die „goldenen Jahre“ der Eisenbahn. Aber die Konkurrenz der Straßenfahrzeuge begann sich zu formieren.

Der Abschnitt zwischen Narsdorf und Rochlitz der ehemaligen Bahnlinie Penig - Rochlitz könnte aus Richtung Rochlitz durch einen Bogen nördlich der Straßenkreuzung an der „Grünen Tanne“ in die Strecke von Chemnitz nach Leipzig in Richtung Geithain eingebunden werden. Damit könnte Rochlitz zum neuen Endpunkt der Linie S 6 des modernen Netzes der S-Bahn Mitteldeutschland werden, die von Geithain über Borna bis Leipzig/Messe verkehrt. Möglich wäre auch die Weiterfahrt von Geithain über Bad Lausick nach Leipzig. Eine Reaktivierung der Eisenbahnstrecken von Rochlitz in Richtung Chemnitz, Glauchau, Waldheim und Grimma hingegen dürfte meines Erachtens keine Chance haben.

In dem Anfang Juli von Bundestag und Bundesrat verabschiedeten Strukturstärkungsgesetz zum Kohleausstieg in Deutschland bis spätestens 2038 sind auch Schienenausbauvorhaben enthalten, darunter die Elektrifizierung und der teilweise zweigleisige Ausbau der Strecke Leipzig-Bad Lausick-Geithain-Burgstädt-Chemnitz. Der Rochlitzer Oberbürgermeister Frank Dehne wirbt seit längerem mit Nachdruck dafür, an das Schienennetz zurückzukehren. Aber nicht, wie einst, via Narsdorf oder Wechselburg in Richtung Chemnitz, sondern - wie in der obigen Karte eingezeichnet, per Kurve vor Narsdorf in Richtung Geithain und Leipzig. Als Hauptargument gegen diesen Vorschlag wurde stets die fehlende Elektrifizierung der größtenteils eingleisigen Strecke Chemnitz - Leipzig angeführt. Zumindest dieses Argument ist mit dem Strukturstärkungsgesetz entkräftet. Aber Jahre würde es dauern, von Bauarbeiten zwischen 2025 und 2028 ist die Rede.

Der Bahnhof Rochlitz war als Eisenbahn-Verkehrsknoten an drei Bahnstrecken angeschlossen. Durch die am 1. Januar 1994 in Kraft getretene Bahnreform hörte die Deutsche Reichsbahn endgültig zu existieren auf. Ein rigoroses Sparprogramm bei den Nebenbahnen war die Folge. Diesem fielen auch alle Bahnstrecken rund um den Bahnhof Rochlitz zum Opfer. Seit 2001 ist der Zugverkehr komplett eingestellt.

Zum Thema „Maukorberlass“ fragt sich die Kreisvorsitzende Marika Tändler-Walenta: „Ist Demokratie Steuerverschwendung“?

Im Rahmen der vergangenen Kreistagssitzung kündigte der Landrat Matthias Damm an, Regressforderungen oder Schadensersatzzahlungen in Höhe von 11.200 Euro gegen die Kreisfraktion DIE LINKE Mittelsachsen prüfen zu lassen. Vorausgegangen war, wie vielen Genossinnen und Genossen aus der regionalen Presse bekannt sein dürfte, ein Rechtsstreit, bei dem die Kreistagsfraktion der LINKEN Mittelsachsen gegen das Verbot von öffentlichen Vorabinformationen zu Themen der Kreistagssitzungen geklagt hatte. Dazu sagt **MARIKA TÄNDLER-WALENTA**: „Als Politikerin frage mich, was Herr Damm für ein Demokratieverständnis hat und ob ihm tatsächlich an einer aktiven Bürgerbeteiligung gelegen ist? Seit Jahren haben wir das Problem, dass immer mehr Menschen das Interesse an Politik verlieren, weil sie merken, dass sie kaum Einfluss nehmen können. Die Einstellung von Herrn Damm fördert aus meiner Sicht nicht nur das Misstrauen in die Arbeit von Politiker*innen, nein sie führt auch zur Verbreitung von Politikverdrossenheit. Für mich ist die Vorabveröffentlichung von Sitzungsunterlagen wichtig, denn Bürgerinnen und Bürger wollen informiert werden

und zwar bevor Entscheidungen getroffen werden. Dies ermöglicht einmal mehr die Mitbestimmung und reale Beteiligung der Bevölkerung. Diese betrifft wichtige Themen vom öffentlichen Nahverkehr bis zu hin zur Müllabfuhr. Ein Kreistag ist doch kein Treff von Geheimräten. Außerdem unterstellt der Landrat Herr Damm der Linken die Verschwendung von Steuergeldern. Ist es tatsächlich Verschwendung von Steuergeldern, wenn man sich für Transparenz und Demokratie einsetzt? Wenn nicht für die Rechte der Bürgerinnen und Bürger, wofür denn dann? Abschließend möchte ich anmerken, dass bereits eine Novellierung des Gesetzes von der Koalition von CDU, SPD und Grünen im Gespräch ist und wir ebenso unsere parlamentarischen Möglichkeiten diesbezüglich nutzen werden“.

Marika Tändler-Walenta meint: „Der Zweckverband Verkehrsverbund Mittelsachsen (ZVMS) muss den Spagat zwischen wirtschaftlichen und sozialen/ politischen Themen meistern...“

In einer ersten Pressemitteilung zu diesem Thema habe ich schon thematisiert, wie schwierig die angekündigten Tarifierhöhungen ab 2021 vermittelbar sind. In einer Zeit, in der ein erheblicher Teil der Arbeitnehmer und Kunden auf Einkommen verzichten muss. Zusätzlich, wenn der

ZVMS die angekündigten Mehrwehrtsteuersenkungen bis Ende des Jahres nicht an die Verbaucher weitergeben möchte. Des weiteren besteht aktuell leider keine Möglichkeit für Eltern, bezahlte Leistungen für die entfallene Schülerbeförderung geltend zu machen.

An dieser Stelle sehe ich den Verkehrsverbund in der Pflicht, sich weitere Gedanken zu machen. Ich erwarte vom Verbund eine größere Bereitschaft, den Schülern und deren Eltern zum Beispiel eine Gutschrift für das kommende Schuljahr oder über eine eventuelle Satzungsänderung die Rückerstattung oder vielleicht eine kostenlose Beförderung zur Sommerschule anzubieten. Zumindest eine öffentliche Sprechstunde in der die verschiedenen Optionen mit den Verbrauchern besprochen und diskutiert werden können, sollte möglich sein. Angenommen, die gezahlten Kosten für die Schülerbeförderung aus dem Schuljahr 2019/2020 können nicht erstattet oder verrechnet werden, kann der VMS vielleicht als Ausgleich ein Ticket für das kommende Jahr inklusive der Sommerferien zur Verfügung stellen?! Ich glaube das wäre nicht zuletzt auch für das Image gut. Wenn Sie ebenfalls Anregungen haben, welche der ZVMS zur Entlastung seiner Kundschaft diskutieren kann, teilen Sie diese gern mit. Sie erreichen mich unter folgender E-Mail Adresse:

marika.taendler-walenta@slt.sachsen.de

aktuelles aus dem team unserer landtagsabgeordneten

Der Mitarbeiterstab unserer Landtagsabgeordneten („nebenbei“ ist sie auch noch Kreisvorsitzende der LINKEN) **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** ist einerseits weiter gewachsen und andererseits Veränderungen unterworfen. Wir haben bereits darüber informiert, dass **EYK FECHNER** als Wahlkreismitarbeiter aus dem Team ausgeschieden ist. Er wird aber weiterhin im Landesvorstand aktiv bleiben und den Kreisverband ehrenamtlich unterstützen.

Eine feste Bank als wissenschaftliche Mitarbeiterin und „guter Geist“ im Abgeordnetenbüro Döbeln ist unser Redaktionsmitglied **KATI VOIGT**. Auf der Basis einer geringfügigen Beschäftigung unterstützen **TONI CHRISTOPH** und **MARVIN MÜLLER** Marika bei ihrer Arbeit als Landtagsabgeordnete. Neu hinzugekommen ist seit Anfang dieses Monats **MAXIMILIAN LENK**, der künftig das Büro in Mittweida betreuen wird und den wir heute vorstellen.

Im folgenden „querbeet“ einiges aus der Landtagsarbeit von Marika Tändler-Walenta. Wir verweisen gern auf ihre Webseite mit ausführlichen Informationen.



Mitglied des Sächsischen Landtags

Marika Tändler-Walenta

DIE LINKE.

Aktuelles
Dafür setze ich mich ein
Über mich
Terminübersicht
Kontakt

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir stehen für eine Politik, die die hier lebenden Menschen wieder in den Vordergrund rückt. Für mich steht aber auch fest, dass wir für eine neue Kultur des Miteinanders kämpfen müssen. Die letzten 30 Jahre haben vieles besser gemacht, aber auch viel Ungleichheit geschaffen. Bei den Löhnen und den Renten, bei der Anerkennung fachlicher Leistungen und bei der Besetzung von Chefstellen. Dabei möchte ich meine Erfahrungen auf europäischer Ebene nach Sachsen bringen.

Ihre Marika Tändler-Walenta

Marika Tändler-Walenta

Das neue Gesicht - Maximilian Lenk



Der neue Wahlkreismitarbeiter von Marika Tändler-Walenta in Mittweida ist 25 Jahre alt, lebt in Chemnitz und ist dort auch im Stadtverband der LINKEN aktiv. In seinem Ortsverband (Mitte-West - der größte in Chemnitz) ist er Mitglied des Vorstandes. Ansonsten studiert Max - wie er gern verkürzt genannt sein möchte - in Mittweida den Studiengang „Global Communication in Business and Culture“. Sein bisheriges Fachgebiet liegt

im Bereich der jüdischen Kultur sowie der Thematik der Nachwendekinder. Gelernt hat Max den Beruf eines Elektrikers für Betriebstechnik. Er war auch zwei Jahre in diesem Beruf tätig. Am Abendgymnasium hat er das Abitur nachgeholt, ein halbes Jahr in Rumänien (Cluj-Napoca) gelebt und als Deutschlehrer für die Nichtregierungsorganisation (NGO) Aisec gearbeitet.

Als Sportpolitische Sprecherin liegt Marika Tändler-Walenta eine **vielfältige Sportlandschaft**, bestehend aus Vereinen, Sportstätten (In - sowie Outdoor) und der Möglichkeit, Einzelsportarten auszuüben, sehr am Herzen. Sie setzt sich für Sportangebote ein, die für Menschen jeglichen Alters, unabhängig von Wohnort oder Einkommen, ausübbar sind. Mit unterschiedlichsten Sportlern, Vereinen und Verbänden aus Sachsen sucht sie mit ihrem Team das Gespräch. Dabei geht es um Nachwuchsförderung, Strukturausbau und den allgemeinen Ausbau von Quantität durch verbesserte Qualität. Ein regelmäßiger Austausch über verschiedenste Erfahrungen, gemacht von Vereinen, Verbänden und Sportlern, sowie das Vermitteln von teils unterschiedlichen Interessen, jedoch immer mit dem selben Ziel, erfolgreich sportlichen Aktivitäten nachzugehen, spielt dabei eine elementare Rolle. Unsere sächsische Sportlandschaft muss verstärkt an der Basis unterstützt werden! Für Anfragen, Meinungen oder generellen Redebedarf rund um das Thema Sport ist sie unter Marika.Taendler-Walenta@slt.sachsen.de jederzeit für Sie erreichbar. (mm)



Seit dem 06. Mai 2020 steht das „**Tausch- und Spendenregal**“ einmal wöchentlich vor dem Bürger*innenbüro in Döbeln auf der Bahnhofstrasse 1a, bereit. In der Zeit von 12–15 Uhr haben interessierte Bürger*innen die Möglichkeit, Spielsachen und Bücher für Kinder zu spenden und mitzunehmen.

„Seitdem wir unser öffentlich zugängliches „Tausch- und Spendenregal“ aufgestellt haben, sind zahlreiche Bürger*innen vorbeigekommen und haben das Angebot rege genutzt. Die Idee dahinter war es, Familien in Corona-Zeiten zu unterstützen und Kindern mit neuen Büchern und Spielsachen etwas Abwechslung zu bieten“ so Marika Tändler-Walenta. „Da dieses Projekt so gut angenommen wurde, wird es das Angebot auch weiterhin geben. Aus organisatorischen Gründen steht das „Tausch- und Spendenregal“ allerdings statt mittwochs zukünftig jeden Dienstag in der Zeit von 12 - 15 Uhr vor meinem Bürger*Innenbüro. Zudem möchte ich mich herzlich bei den bisherigen Spender*innen bedanken und die Döbelner*innen ermutigen, auch weiterhin an der Aktion teilzunehmen. Je mehr Menschen sich beteiligen, umso vielfältiger ist das „Tausch- und Spendenregal“ und umso mehr können das Angebot auch nutzen. Wer gern etwas spenden möchte, kann sich auch telefonisch bei meinen Mitarbeiter*innen unter der Nummer 03431/710045 melden“. (kv)

Am 27.06.2020 fand der sogenannte „**Sport-Pride-Tag**“ statt. Anlass des Tages ist es, Homo- & Transphobie, sowie andere Diskriminierungen, welche aufgrund der sexuellen Orientierung oder der Identität des eigenen Geschlechts im Sport stattfinden, zu thematisieren und zu bekämpfen. Unter dem Hashtag #sportpride2020 haben in den sozialen Medien, Sportverbände/-vereine, Fans & Sportler*Innen, egal ob Profi oder Amateur*innen dazu aufgerufen das Sport für alle offen sein muss & ein Zwang zum Verstecken das Gegenteil von Fairness & Respekt darstellt. Aufgerufen zur Kampagne haben unter anderem auch der Deutsche Olympische Sportbund und der Deutsche Fußballbund. Da wir als Linke uns schon seit längerem für einen diskriminierungsfreien



Neben **MARCO BÖHME** und **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** zeigte die gesamte Linksfraktion bei den Sitzungen des Landtages am 10. und 11. Juni Flagge.

und inklusiven Sport einsetzen, war es für die Sportpolitische Sprecherin der Linksfraktion Sachsen Marika Tändler-Walenta klar sich am Aufruf zu beteiligen. Mit dem Hashtag´s #SportPride2020#GlobalPride fordert Sie: „Teilhabe statt Ausgrenzung von Menschen aufgrund von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität. Diskriminierungserfahrungen im sportlichen Wettstreit thematisieren.“ Dem Aktionstag vorausgegangen war die Veröffentlichung einer Studie* von Wissenschaftler*innen der Deutschen Sporthochschule Köln, zu Ausgrenzungs- & Hassereferenzen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen & Transsexuellen (kurz: LSBT) im Sport. Laut Studie* fühlte sich ein Fünftel der Befragten von bestimmten Sportarten ausgeschlossen, dies gaben mit 56% insbesondere Trans*Personen an. 96% aller Befragten gaben, an das es im Sport ein Problem mit Homophobie gibt und 95% bestätigten dies auch für Transphobie. Einen großen Anteil an der Problemlage sehen die Befragten in der Sprache. (tc)

perlen russlands 2019 - vergangenheit und gegenwart (6) - von moskau nach st. petersburg

von HANS WEISKE

Vom 2. bis 10. Oktober des vergangenen Jahres erfüllte ich mir einen langgehegten Traum: Ich begab mich für neun Tage - völlig auf eigene Faust - auf „Abenteuerfahrt“ in die Herzgegend des historischen Russlands: nach Moskau und St. Petersburg, den beiden ehemaligen Residenzen der russischen Zaren. In loser Folge berichte ich über meine Erlebnisse. Nachdem wir im fünften Teil mit Wladimir und Susdal zwei traditionsreiche Städte des so genannten Goldenen Ringes nordöstlich von Moskau besuchten, ging es am sechsten Besuchstag mit dem „Sapsan“ (russisch für „Wanderfalke“), dem Hochgeschwindigkeitszug der russischen Eisenbahnen, nach St. Petersburg, das legendäre „Venedig des Nordens“. Der Bahnfahrt und dem heutigen St. Petersburg wende ich mich heute zu, die beiden letzten Folgen widme ich meinen Ausflügen nach Schloss Peterhof (das „russische Versailles“) und nach Zarskoje Selo, einem der prächtigsten Residenz-Ensembles der Welt.

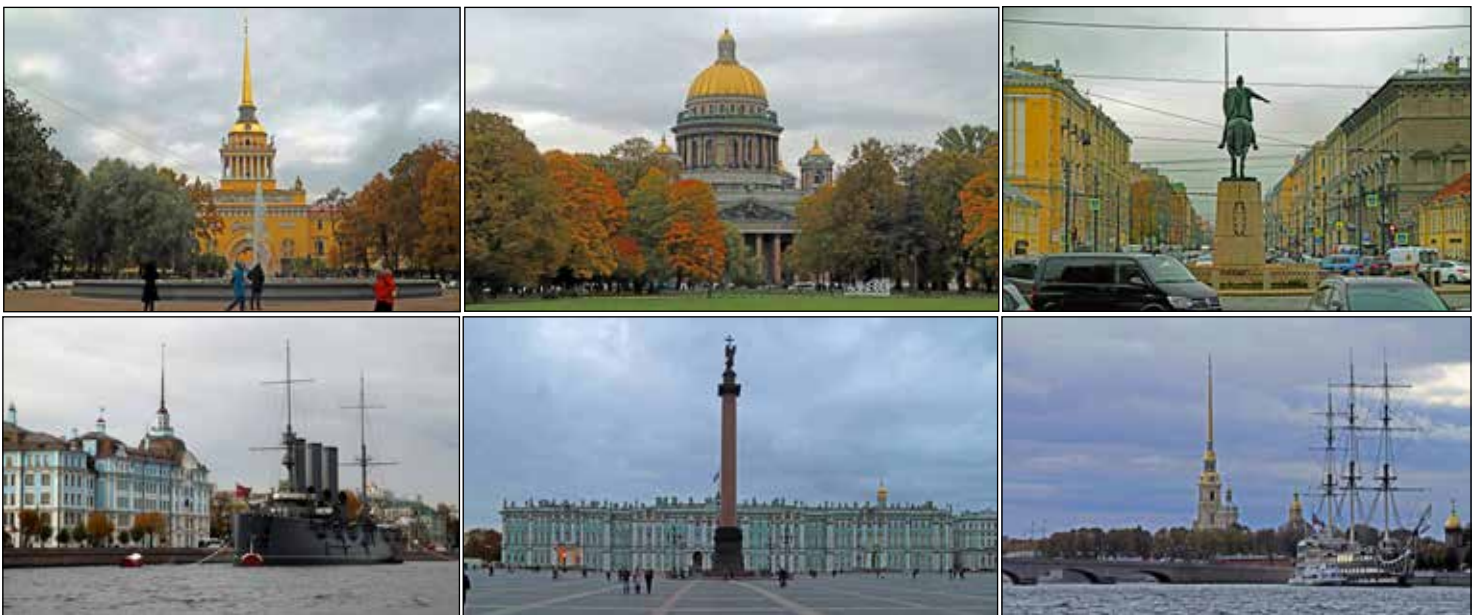
An meinem sechsten Besuchstag ging es am zeitigen Vormittag vom Hotel mit der Metro (Taxikosten sparte ich mir) zum Leningrader Bahnhof (der heißt noch heute so!). Dort erwartete mich der Hochgeschwindigkeitszug „Sapsan“, der mich in drei Stunden und 50 Minuten nach St. Petersburg brachte. Da das Wetter mitspielte, ein beeindruckendes Erlebnis: Am Fenster flogen die Weiten Russlands mit ihren scheinbar unendlichen Birkenwäldchen vorbei, dazwischen die rustikalen Dörfer mit ihren typischen Holzhäusern. Gegen 13:30 Uhr angekommen, brach auf dem Bahnhofsvorplatz des Moskauer Bahnhofs in St. Petersburg das große Chaos aus, denn viele der über 500 Passagiere wollten - wie ich auch - ein Taxi chartern. Nach einer gefühlten Ewigkeit gelang es mir. Mein Hotel „Petr“ befindet sich direkt im Herzen der Stadt, zwischen Admiralität, Winterpalais und Isaaks-Kathedrale. St. Petersburg ist mit mehr als fünf Millionen Einwohnern die viertgrößte Stadt Europas und die nördlichste Millio-



Der „Sapsan“ (russisch für „Wanderfalke“) ist der erste Hochgeschwindigkeitszug der Russischen Bahn. Er kam im Dezember 2009 auf den Markt. Der Zug wird von Siemens hergestellt und ist an die klimatischen Verhältnisse in Russland angepasst. Zuerst wurde der „Sapsan“-Zug auf der knapp 635 Kilometer langen Strecke zwischen Moskau und St. Petersburg eingeführt, wodurch die Reisezeit von ca. fünf Stunden auf weniger als vier Stunden reduziert wurde. Inzwischen verkehrt er auch auf der Strecke zwischen Moskau und Nischni Novgorod. Die Geschwindigkeit beträgt bis zu 250 km/h und der Zug kann bis zu 538 Personen aufnehmen. In jedem Wagen befinden sich zwei große Informationstafeln mit Wagennummer, Lufttemperatur und aktueller Geschwindigkeit.

nenstadt der Welt. Ihre historische Innenstadt mit über 2.300 Palästen, Prunkbauten und Schlössern ist seit 1991 UNESCO-Weltkulturerbe. In dieser Vielfalt ist St. Petersburg nur noch mit Venedig vergleichbar. St. Petersburg verfügt über eines der tiefstgelegenen U-Bahn-Systeme der Welt. Am 16. Mai 1703 wurde auf einer Insel im sumpfigen Gelände der Newa-Mündung in die Ostsee durch Peter dem Großen der Grundstein für die nach seinem Namenspatron benannte Peter-und-Paul-Festung gelegt. Peter erkannte, dass hier vorzüglich ein Seehafen angelegt werden konnte und der Anschluss an das binnenrussische Flusssystem gegeben war. Ab dem Jahr 1706 wurde durch

Zehntausende zwangsrekrutierte Leibeigene die künftige Hauptstadt Russlands aus dem Boden gestampft, 1712 erklärte Peter der Große St. Petersburg zur Hauptstadt des russischen Zarentums, die es bis 1918 blieb. Mir verblieben vier Tage, um die beeindruckende Stadt - so ganz anders wie Moskau - bei herbstlichem Wetter zu Fuß zu durchstreifen oder mit der Metro zu erschließen. Nicht alles kann hier erwähnt werden. So hätten es u.a. auch Bilder vom Alexander-Newski-Kloster, der Auferstehungskirche und vom ehernen Reiter, dem monumentalen bronzenen Reiterstandbild des Zaren Peter dem Großen auf diese Seite verdient gehabt. Aber, wie gesagt, 2.300 Objekte sind nicht auf einer Seite unterzubringen !



einige meiner vielen St. Petersburger Schnappschüsse

Obere Reihe von links: Die Admiralität mit ihrer wunderschönen goldenen Turmspitze, die Isaaks-Kathedrale, einer der größten sakralen Kuppelbauten der Welt, der Alexander-Newski-Platz mit dem Beginn des 4,5 Kilometer langen Newski-Prospektes, der berühmtesten Straße Russlands.

Untere Reihe von links: Der Panzerkreuzer „Aurora“ als Symbol der Oktoberrevolution, das Winterpalais, die Hauptresidenz der russischen Zaren in St. Petersburg, die Peter- und-Paul-Festung, Ursprung der Stadt, mit der Peter-und-Paul-Kathedrale und deren 122,5 Meter hoher Turm mit vergoldeter Spitze, Grablege vieler Zaren.

über „rassen“ und rassismus

von ACHIM GRUNKE

Der Tod des Afroamerikaners George Floyd in Minneapolis/US-Bundesstaat Minnesota durch den brutalen Übergriff von Polizisten am 25. Mai 2020 hat nicht nur weltweit zu Protesten geführt, sondern auch Debatten über den Rassismus ausgelöst. Damit zusammenhängend wird auch wieder erneut die Frage aufgeworfen, ob der Begriff „Rasse“ noch angebracht sei und es nicht an der Zeit sei, diesen Begriff z.B. in Artikel 3 des Grundgesetzes durch ein anderes Wort zu ersetzen, weil der Begriff „Rasse“ in der Geschichte in einem unauflösbaren Zusammenhang mit dem Rassismus gestanden habe.

„Rassen“, Rassentheorien und Rassismus

Seit Ende des 17. Jahrhunderts fand der Begriff „Rasse“ Anwendung auf die Einteilung von Menschen. Mit der Aufklärung wuchs das menschliche Bedürfnis, die Natur zu verstehen, zu begreifen und zu erfassen. Und so begannen Forscher, die Natur zu vermessen und zu kategorisieren. Pflanzen, Tiere, aber auch Menschen wurden in Arten, Familien, Gruppen und eben „Rassen“ unterteilt. Vertreter verschiedener Wissenschaften meldeten sich dabei zu Wort: so u.a. der Naturforscher Carl von Linné (1707-1778) oder der Philosoph Immanuel Kant (1724-1804).

Die vorgenommenen Einteilungen nach unterschiedlichen menschlichen „Rassen“ variierten in ihren Erklärungsansätzen. So wurden ihre jeweiligen Merkmale - physische wie auch charakterliche - etwa mit verschiedenen Klimazonen in Zusammenhang gebracht. Andere erklärten dies mit der Völkerwanderung, wodurch in verschiedenen Regionen der Welt unterschiedliche menschliche Merkmale entstanden seien. Wieder andere stützten sich auf anatomische Untersuchungen wie Schädelmessungen oder kombinierten verschiedene Erklärungsansätze.

Diese anfänglichen Erklärungsversuche der „Rassen“-Unterschiede bei Menschen ließen bereits rassistische Attitüden erkennen. So bezeichnete etwa Linné das Temperament der „Afrikaner“ als „boshaft“ und „faul“. Und Kant, der große Philosoph der Aufklärung (!), meinte, die Menschheit sei in ihrer größten Vollkommenheit in der „Rasse“ der Weißen.

Mit seinem vierbändigen Werk „Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen“ gehört der Franzose Arthur de Gobineau (1816-1882) zu den Begründern der Rassenlehre. Er ging von grundlegenden Differenzen unterschiedlicher menschlicher Rassen aus und hob darunter die „weiße Rasse“ als die höchste heraus. Eine Vermischung der „Rassen“ führe seiner Ansicht nach zur Degeneration und somit zum Untergang der überlegenen „Rassen“. Diese Ansichten wurden in der Folgezeit von anderen Rassenideologen aufgegriffen und fanden in der nationalsozialistischen Rassenpolitik eine verhängnisvolle Fortsetzung.

In der nationalsozialistischen Rassenideologie und -politik spielte der Antisemitismus eine zentrale Rolle. Er hatte sich am Ende des 19. Jahrhunderts zu einem Ideensystem entwickelt, basierend auf der schon seit dem Mittelalter wuchernden Judenfeindschaft. Zu einem geistigen Wegbereiter gehörte der Engländer Houston Stewart Chamberlain (1855-1927), der als Schwiegersohn des Komponisten Richard Wagner (1813-1883) später die deutsche Staatsangehörigkeit annahm. Mit seinem Buch „Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts“ schuf er ein Standardwerk des theoretischen Rassenantisemitismus, das einen großen Einfluss auf die Vorstellungen des Naziideologen Alfred Rosenberg und auch auf Adolf Hitlers hatte.

Wie absurd und unwissenschaftlich die Rassenlehre der

Nazis war, lässt der bekannte Publizist Marcel Reich-Ranicki (1920-2013) in seiner Autobiographie „Mein Leben“ durchblicken, wo er eine Episode aus dem Rassenkunde-Unterricht von 1935 beschreibt. Das im „Dritten Reich“ eingeführte Fach sollte die Schüler von der Minderwertigkeit der Juden und der Überlegenheit der „Arier“ überzeugen. Dazu wurden im Unterricht nach einer entsprechenden Anleitung im Lehrbuch der Rassenkunde auch Schädelmessungen durchgeführt, die „wissenschaftlich einwandfrei“ beweisen sollten, welcher Rasse der Vermessene angehöre. Nun zeigte sich aber, dass den typisch nordischen-germanischen Schädel, also den in rassistischer Hinsicht besten, nur ein einziger Schülerin der Klasse hatte - ein Jude. Reich-Ranickis Fazit:



Eine für das 19. Jahrhundert typische systematische Einteilung der Menschen in Rassen (nach Karl Ernst von Baer, 1862)

Rassenkunde nicht erfolgreich.

Da der Begriff „Rasse“ als historisch kontaminiert gilt und in enger Beziehung zum Rassismus stand, verstärkt sich die Meinung, diesen Begriff in Bezug auf Menschen zu vermeiden, zumal es außerdem keine klaren wissenschaftlichen Kriterien zur Unterscheidung menschlicher Rassen gibt. Bis in die 1990er Jahre hinein waren in der Biologie üblich, von Menschenrassen zu sprechen, aber in der Deklaration von Schläining erklärte eine Gruppe von Wissenschaftlern 1995, dass sich die Unterscheidung von Menschenrassen als in sich homogener und klar gegeneinander abgrenzbarer Populationen aufgrund jüngster Fortschritte der Molekularbiologie und der Populationsgenetik als unhaltbar erwiesen habe. (www.friedensburg.at/uploads/files/Deklaration_1995.pdf)

Internationale Verträge und Verfassungen

Auch in völkerrechtlichen Dokumenten und in Verfassungen wurde der Begriff „Rasse“ lange Zeit ganz unbekümmert verwendet und war hier sogar mit einer antirassistischen Zielsetzung verbunden.

So heißt es in Artikel 2 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 zum Verbot der

Diskriminierung, dass jeder Mensch einen gleichen Anspruch auf Rechte und Freiheiten hat, „ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand.“

Im Artikel 3 des 1949 verabschiedeten Grundgesetzes der Bundesrepublik heißt es, dass niemand wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden darf.

Und auch in der DDR-Verfassung von 1974 hieß es in Artikel 20: Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat unabhängig von seiner Nationalität, seiner Rasse, seinem weltanschaulichen oder religiösen Bekenntnis, seiner sozialen Herkunft und Stellung die gleichen Rechte und Pflichten.

Im Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung von 1966 bezeichnet der Ausdruck „Rassendiskriminierung“ jede auf der Rasse, der Hautfarbe, der Abstammung, dem nationalen Ursprung oder dem Volkstum beruhende Unterscheidung, Ausschließung, Beschränkung oder Bevorzugung, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass dadurch ein gleichberechtigtes Anerkennen, Genießen oder Ausüben von Menschenrechten und Grundfreiheiten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen oder jedem sonstigen Bereich des öffentlichen Lebens vereitelt oder beeinträchtigt wird.

„Rasse“-Begriff vermeiden

In der jüngsten Zeit verstärken sich die Meinungen, den Begriff „Rasse“ in nationalen wie internationalen rechtlichen nicht mehr zu verwenden, da er rassistische Implikationen beinhaltet. (www.institut-fuer-menschenrechte.de)

Auch in Deutschland wird von mehreren Parteien (Grüne, SPD, FDP, LINKE) dafür geworben, den Begriff „Rasse“ aus dem Grundgesetz zu streichen und durch ein anderes Wort zu ersetzen.

Dem wird entgegengehalten, das sei eine Scheindebatte und Symbolpolitik. Die derzeitige Diskussion, Rasse aus dem Grundgesetz zu streichen, schade eher dem Antidiskriminierungsrecht. Vielmehr werde erst durch den Rechtsbegriff „Rasse“ der Rassismus, also Diskriminierung aufgrund der Rasse, benennbar und adressierbar. Er sei vielmehr ein notwendiges Instrument, um Rassismus (einschließlich Antisemitismus) antidiskriminierungsrechtlich angehen zu können. (verfassungsblog.de/das-diskriminierungsverbot-aufgrund-der-rasse/)

In der Europäischen Union wurde dazu ein Kompromiss gefunden. Bei der Ausarbeitung der Anti-Rassismusrichtlinie 2000/43/EG wies eine Anzahl von Mitgliedstaaten darauf hin, dass die Erwähnung des Begriffs „Rasse“ in der Richtlinie der Akzeptanz rassistischer Theorien gleichkomme. Andere befürworteten die Verwendung des Begriffs „Rasse“, da er dem gewöhnlichen Sprachgebrauch entspreche oder sogar nötig sei, um klarzustellen, dass die Richtlinie Rassismus bekämpfe. Mehrere Versuche mussten unternommen werden, um in diesem Punkt einen Kompromiss zu finden. Er bestand letztendlich darin, dass der Begriff „Rasse“ Aufnahme gefunden hat und der Richtlinie der bereits erwähnte Erwägungsgrund vorangestellt wurde. In diesem weist die Europäische Union Theorien zurück, mit denen versucht wird, die Existenz verschiedener menschlicher Rassen zu belegen.

kreisvorstand aktuell

Der Kreisvorstand führte seine Beratung wegen der weiterhin geltenden Corona-Regeln am 24. 06. erneut im Hotel „Regenbogenhaus“ in Freiberg durch. Es wurden folgende Themen beraten:

■ *Verständigung zur Niederlage der Kreistagsfraktion der LINKEN vor dem Bundesverwaltungsgericht. Der gerichtliche Weg ist damit ausgeschöpft. Jetzt setzt man auf den parlamentarischen Weg über den Landtag. Völliges Unverständnis gab es zur Ankündigung von Landrat Damm, Regressforderungen oder Schadensersatzzahlungen in Höhe von 11.200 Euro, gegen die Kreisfraktion der LINKEN prüfen zu lassen. (Hinweis: siehe dazu auch unsere Veröffentlichungen in dieser Ausgabe).*

■ *Debatte zum Schreiben der Bundestagsabgeordneten Caren Lay an den Kreisvorstand und die Kreistagsfraktion zum Thema „Reaktivierung des Bahnverkehrs in Sachsen“. Dazu gibt es mit dem kürzlich im Bundestag und Bundesrat beschlossenen „Strukturverstärkungsgesetz“ im Zusammenhang mit dem Kohleausstieg neue Aspekte. (Hinweis: auch auf dieses Thema gehen wir in dieser Ausgabe ausführlich ein).*

■ *Verständigung zur für den 26. Juni angekündigten Veranstaltung der AfD zur „Verteidigung der Grundrechte“ in Burgstädt, u.a. Mit dem Neonazi Andreas Kalbitz und dem Protest dagegen unter dem Motto „Gesicht zeigen - mit Anstand und Abstand“. (Dazu gibt es einen Bericht auf Seite -3- und den Standpunkt von Genossen Dieter Erler auf Seite -2-).*

■ *Die Kreisvorstandsmitglieder informieren aus ihren Regionen über die aktuelle Lage unter Corona-Bedingungen.*

■ *Der Kreisvorstand beschäftigt sich mit der Veranstaltungsplanung im zweiten Halbjahr. Höhepunkt wird der Weltfriedenstag am 1. September sein, an dem die Parteivorsitzende der LINKEN, Katja Kipping, ganztägig im Kreisverband Mittelsachsen sein wird. Voraussichtlich wird sie an Aktionen und Veranstaltungen in Freiberg, Rochlitz und Frankenberg teilnehmen. Auf der Veranstaltung in Frankenberg wird eine „Frankenberger Erklärung“ verabschiedet. Dafür werden ab 11. August auf einer „Markttour“ der Kreisvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Marika Tändler-Walenta Unterschriften gesammelt. Im August soll in zwangloser Form ein Grillabend stattfinden, zu dem alle eingeladen werden, die zu den Kommunalwahlen für DIE LINKE kandidiert haben. Bundes- und Landesparteitag sind terminiert, ein Kreisparteitag wird voraussichtlich im November stattfinden, die ausstehenden Regionalkonferenzen werden Ende September nachgeholt.*

■ *An der Sitzung des Kreisvorstandes im August wird die neu gewählte Inklusionsbeauftragte Ann-Kathrin Legath teilnehmen und ihren Aufgabenbereich vorstellen.*

unsere jubilarer

All unseren Genossinnen und Genossen mit runden und halbrunden Geburtstagen über Sechzig sowie unseren hochbetagten Geburtstagskindern gratulieren wir hiermit ganz herzlich !



Im August 2020 wird aus diesem Anlass gefeiert bei:

ROSA TRINKS	geb. am	03.08.1926,	in	Königsfeld
GUDRUN UHLIG	geb. am	05.08.1929,	in	Freiberg
MANFRED MEHNER	geb. am	05.08.1940,	in	Lichtenau
HEINZ TEICHERT	geb. am	08.08.1935,	in	Oederan
HERBERT MÜLLER	geb. am	09.08.1936,	in	Freiberg
ELISABETH BRÄUTIGAM	geb. am	09.08.1937,	in	Rochlitz
GERTRAUDE PETERSEN	geb. am	10.08.1933,	in	Hartha
PETER EMMRICH	geb. am	13.08.1955,	in	Hartha
SABINE BÖHME	geb. am	15.08.1945,	in	Freiberg
WILLI HASS	geb. am	19.08.1929,	in	Döbeln
HANS EGERMANN	geb. am	21.08.1932,	in	Burgstädt
ELFRIDA HAHN	geb. am	27.08.1925,	in	Mittweida
IRMGARD MINACK	geb. am	27.08.1938,	in	Döbeln
SONJA OEHME	geb. am	27.08.1932,	in	Flöha
MARIANNE UHLEMANN	geb. am	30.08.1929,	in	Geringswalde
INGE BERNHARDT	geb. am	30.08.1928,	in	Frankenberg/Sa.

In eigener Sache: An dieser Stelle hat in den „LinksWorten“ seit jeher die Geburtstagsliste unserer Senioren ihren Platz. Laut der neuen Datenschutzverordnung der EU dürften wir Namen eigentlich nur bei dokumentierter Zustimmung jedes einzelnen Jubilars veröffentlichen. Wir haben es in unserer Zeitung umgedreht: Genossinnen und Genossen, die an dieser Stelle nicht (oder nicht mehr) genannt werden möchten, bittet die Redaktion im Vorab um Information.



Keine Corona-Hilfen für die Rüstungsindustrie!

jahrestage im august 2020

05.08. 1895:	Friedrich Engels gestorben.	25.08. 1950:	Europarat billigt Menschenrechtskonvention.
24.08. 1930:	Programmerkklärung der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes.	12.08. 1970:	Vertrag zwischen der Sowjetunion und der BRD.
21.08. 1940:	Leo Trotzki an den Folgen eines Attentates gestorben.	14.08. 1980:	Beginn des Streiks auf der Danziger Lenin-Werft.
06. und 09.08. 1945:	Zerstörung der japanischen Städte Hiroshima und Nakasaki durch US-Atombomben.	31.08. 1990:	Vertrag über die Herstellung der deutschen Einheit (Einigungsvertrag) wird unterzeichnet.

terminübersicht

juli 2020:

- 10. - 15.07. Sommerakademie 2020 in Sachsen (als Webinare im digitalen Raum)
- 22.07. 18:00 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes
Ort wird noch festgelegt
- 28.07. 15:00 Uhr Sommercamp der Linksjugend [`solid] Sachsen

august 2020:

Markttour von Marika Tändler-Walenta

- 11.08. Burgstädt
- 12.08. Waldheim
- 13.08. Frankenberg
- 18.08. Mittweida
- 19.08. Döbeln
- 20.08. Rochlitz
- 22.08. Freiberg

- 19.08. 18:00 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes



Ausschnitt aus der Titelseite der Corona-Zeitung der LINKEN für den Sommer 2020. Auf das über die Kreisgeschäftsstelle vermittelte Angebot der Bundesgeschäftsstelle reagierten die folgenden Ortsverbände mit Bestellungen.

- Flöha mit 1.000 Exemplaren
- Freiberg mit 1.000 Exemplaren
- Lichtenau mit 1.000 Exemplaren
- Mittweida mit 1.000 Exemplaren
- Penig mit 500 Exemplaren
- Rochlitz mit 2.000 Exemplaren

Der Ortsverband **Frankenberg** orderte 7.500 Exemplare und organisierte die Verteilung an alle Haushalte.

Groko-Grundrente CDU CSU SPD	Solidarische Mindestrente DIE LINKE.
X Können alle ab dem 65. Lebensjahr bekommen.	✓
X Schützt wirksam vor Altersarmut.	✓
X Ohne willkürliche Kürzungen.	✓
• Erhöht niedrige Renten.	✓

Unser Programm für gute Renten:

1 Rentenniveau auf 53 Prozent anheben So hätte der/die Standardrentner/in mindestens 122 Euro mehr im Monat.	2 Solidarische Mindestrente statt Altersarmut Erwerbslosigkeit und Niedriglöhne dürfen nicht zu Altersarmut führen.
3 Gleiche Renten in Ost und West Renten angleichen, die Umrechnung beibehalten, bis die Löhne und Gehälter im Osten fast auf Westniveau sein werden und Ungerechtigkeiten bei der Rentenüberleitung endlich beenden.	4 Die Rente erst ab 67 muss weg Wer 40 Jahre lang eingezahlt hat, soll ohne Abschläge ab 60 in Rente gehen können.

Bürgersprechstunde

Marika Tändler-Walenta

22. Juli 2020, 15 - 17:30Uhr
Bahnhofstraße 1a, Döbeln **DIE LINKE.**

Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unsere teuren Verstorbenen

HORST RIESMEYER
GERHARD HOFMANN
MANFRED RANFT

MITTWEIDA
ROCHLITZ
HAINICHEN

Wir werden ihnen stets unser ehrendes Andenken bewahren.